

Alexander Rahr

# Russland gibt Gas

Die Rückkehr einer Weltmacht

ISBN-10: 3-446-41395-2

ISBN-13: 978-3-446-41395-5

Leseprobe

Weitere Informationen oder Bestellungen unter  
<http://www.hanser.de/978-3-446-41395-5>  
sowie im Buchhandel.

## TEIL I

---

# Russland als Gegner

## I Reiche Russen auf Shoppingtour

Wladimir Putin geht als Präsident. Putin bleibt aber an der Macht. Ob als Premierminister, Parteichef, Parlamentsvorsitzender, Präsident einer neuen Gas-OPEC – man wird sehen. Von einem Erbe Putins zu sprechen wäre verfrüht. Vielleicht kommt Putin sogar vorzeitig als Präsident zurück. Putin wird weiter an der Konstruktion eines starken Russlands bauen. Ist dieses Russland unser Feind, Konkurrent, Partner, Verbündeter, Freund? „Fürchtet Putins Russland in den Fängen der Geheimdienste!“, schreien die einen. „Erobert den russischen Markt und werdet reich!“, rufen die anderen. Kommt es zu einem neuen Kalten Krieg oder werden sich die EU und Russland im 21. Jahrhundert doch noch zu einem Groß-Europa vereinigen?

In den Zeiten des Kalten Kriegs bedrohte die Sowjetunion den Westen mit ihren Atomwaffen. Aber an der Seite des Westens stand die andere Supermacht der Welt, die Vereinigten Staaten von Amerika. Nach dem Kalten Krieg folgte ein Jahrzehnt des Chaos. Ein mitleiderregendes Russland bettelte um Kredite und tanzte nach der Pfeife des Westens. Das Bedrohungspotenzial bestand in der drohenden Kriminalisierung Russlands. Der Albtraum wäre ein instabiler Mafiastaat mit vagabundierenden Atomwaffen gewesen. Russland konnte den Westen höchstens mit seiner Schwäche erpressen: Würde der Westen ihm nicht finanziell beistehen, würde es zerfallen und eine riesige Migrationsflut auslösen.

Das 21. Jahrhundert begann mit einem Paukenschlag: dem Terroranschlag von Nine Eleven. Der Energiepreis auf dem Weltmarkt schoss in die Höhe und machte das Erdöl- und Erdgasexportland Russland über Nacht zu einer Energiegroßmacht.

Der 11. September 2001 zwang den Westen zu einer strategischen Partnerschaft mit Russland gegen die neuen globalen Herausforderungen. Erstmals verspürte der Westen eine wirkliche Abhängigkeit von Russland: Woher sollte er in Zukunft seine Energieträger denn sonst beziehen, falls die Lieferungen aus dem arabischen Raum unterbrochen werden sollten? Im Westen rieben sich die Menschen ungläubig die Augen, als russische Konzerne ihren Expansionsdrang begannen. Der neue Geldadel überschwemmte förmlich westliche Metropolen. Europas Wirtschaft erzitterte vor feindlichen Übernahmen. Das alte Russlandfeindbild kam im neuen Gewand einher.

Woher kamen diese spektakulären Reichtümer? Experten bezifferten den Gesamtwert der russischen Rohstoffe und des Industriepotenzials auf 40 Trillionen US-Dollar. In der Sowjetunion wurde das Vermögen vor allem von einem Dutzend asketisch lebender Parteideologen verwaltet. Mit diesen Milliarden wurde die Planwirtschaft künstlich am Leben erhalten, wurden das Wettrüsten und die Weltrevolution finanziert. Heute, wo das Vermögen der neuen kapitalistischen Oberschicht gehört, die es offen ausgibt, verstehen wir, wie märchenhaft reich dieses Riesenreich im Osten tatsächlich ist. Und die Geldquelle sprudelt weiter. Für uns ein unbegreifliches Phänomen.

## **Der russische Spätkapitalismus**

Der Westen fürchtet vor allem die neue russische Machtvertikale, die Geld, Ressourcen und Macht zusammen vereint. Falls jemand gedenkt, dieses System zu stürzen, wird er erkennen: Es ist äußerst stabil. Die Energiepreise werden in den nächsten Jahren nicht sinken und die Nachfrage nach russischen Rohstoffen wird steigen. Das Potenzial von Bodenschätzen, gekoppelt an den hohen Energiepreis, macht Russland immun gegen Wirtschaftskrisen. Und die gegenwärtigen Machthaber können sich sicher sein: Die Bevölkerung wird nicht rebellieren, denn zum ersten Mal in der Geschichte Russlands profitiert nicht nur die Oberschicht, sondern auch mindestens ein Drittel der Russen direkt vom warmen Geldregen. Der russische Staatskapitalismus erzeugt Sympathie bei großen Teilen der Bevölkerung. Dass die Kontrolle über die natürlichen Bodenschätze den Pri-

vatiens entzogen und der Staatsmacht unterstellt wird, stößt auf Genugtuung im Volk. Man muss schon weit in die Geschichte zurückblicken, um sich daran zu erinnern, wann es den Russen besser ging als heute.

Der Westen ist nervös und alarmiert. Geheimdienste warnen vor der Gefahr der Eindringung krimineller Wirtschaftsstrukturen in die Volkswirtschaften der EU-Staaten. In den 90er-Jahren hatte der Westen die Russen belehrt: „Öffnet unseren Konzernen euren Markt. Das verlangen die Spielregeln der liberalen Marktwirtschaft.“ Heute wollen westliche Politiker der Expansion russischer staatskapitalistischer Konzerne auf westliche Märkte strikten Einhalt gebieten. Die Russen nennen das Politik unterschiedlicher Standards.

Trägt der verstorbene Präsident Boris Jelzin die Schuld dafür, dass er die alten Machtstrukturen nicht zerschlagen hat? Hätte der Westen Russland nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion einen attraktiveren „Marshall-Plan“ anbieten sollen? Hat der Westen vielleicht Russlands autoritäres Handeln selbst provoziert, indem er die NATO rücksichtslos an Russlands Grenzen vorschob?

Fest steht: Die heutige Entwicklung in Russland ist vom Westen kaum mehr beeinflussbar. Der Westen hat seine historische Chance, auf Russland einzuwirken, vorerst vertan. Es gilt nun, die Lage in Russland richtig zu begreifen und sich auf die neuen Realitäten einzustellen. Es gibt viel Positives am modernen Russland abzugewinnen. Dieses Land ist im Vergleich zur UdSSR unideologisch und höchst pragmatisch. In den folgenden Kapiteln werden viele Protagonisten aus Putins Russland zu Wort kommen: KGB-Generäle, Oligarchen, Mitarbeiter der Präsidentschaftsadministration, Gouverneure und natürlich auch die Kremlkritiker.

### **Putins Saubermann**

Eine große, kostbare Muttergottesikone hängt im Büro von Viktor Iwanow, einem der mächtigsten Männer in Russland. Sie beeindruckt die seltenen westlichen Besucher dieser Räume an der Staraja Ploschtschad mehr als das gegenüberhängende Porträt des Präsidenten. In diesem Büro saß einst der berühmte sowjetische Chefideologe Michail Suslow. Auch Iwanow ist im

heutigen Russland gefürchtet. Der freundlich schauende Mittfünfziger ist offiziell der innenpolitische Berater Putins. In Wirklichkeit ist er der Personalchef der Präsidentialadministration, Sonderbeauftragter für den Kampf gegen die Korruption und einer der Chefs der sogenannten „Silowiki“-Fraktion (Geheimdienstlobby) im Kreml.

Viktor Iwanow und Putin arbeiteten zusammen im Lenin-grader KGB-Apparat. Als Putin später in das Oberbürgermeisteramt von Sankt Petersburg wechselte, übernahm Iwanow dort die Überwachung der örtlichen Geheimdienststrukturen. Als Putin in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre seine steile Karriere im Präsidentialapparat in Moskau begann, platzierte er Iwanow auf einen der vertrauensvollsten Posten in der FSB-Geheimdienstzentrale – als Chef des internen Aufklärungsdienstes. Gegen Ende der Jelzin-Ära wurde Iwanow Direktor der Abteilung Wirtschaftsgegenspionage im FSB. Niemand kannte das innere Netzwerk des Oligarchenregimes besser als er, deshalb übertrug ihm Putin die Funktion des Saubermannes.

Iwanow zückt vor den Augen des westlichen Besuchers einen Stift, zieht einen Block zu sich heran und malt ein schwer verständliches Schema auf, das die Oligarchen, allen voran der Ölbaron Michail Chodorkowski, ausgeklügelt haben sollen, um den Staat zu betrügen. Die ausgetüftelten Modelle des Öl-exports unter Umgehung der Steuerbehörden mussten neutralisiert werden! Viele der Offshorzonen, unter anderem sogar der Raketenbahnhof Baikonur, der als Steuerschlupfloch benutzt wurde, waren schwer zu durchschauen. Jedenfalls profitierte der Staat bis 2002 kaum vom lukrativen Energieexport. Chodorkowski und andere Ölbarone verkauften ihr Erdöl im Ausland für den siebenfachen Inlandspreis. Der Inlandspreis belief sich 2002 auf 2,7 US-Dollar pro Barrel, verkauft wurde Öl für 22 US-Dollar pro Barrel. Versuche der Regierung, die Ölexporte mit Gewinnsteuern zu belegen, scheiterten an der korrumpierten Duma. Der Föderationsrat, die Oberkammer des Parlaments, bestand ebenfalls zu 40 Prozent aus Vertretern der Oligarchen. Es gab legale Wege, den Staat und seine Bürger zu berauben.

## Der Fall Jukos

Noch im Herbst 2002 hatte Chodorkowski mit einer Delegation der Kremladministration als Vorzeigeunternehmer an internationalen Konferenzen unter anderem bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin teilgenommen und Putins globale Energieallianz in höchsten Tönen gepriesen. Auf Geheiß des Kremls lieferte er Flüssiggas in Spezialtankern nach Amerika. Der reichste Mann Russlands leitete auch den amerikanisch-russischen Energiedialog. Heute sitzt der Milliardär eine neunjährige Gefängnisstrafe im Arbeitslager an der chinesischen Grenze ab. Warum?

Neben der Steuerhinterziehung in Milliardenhöhe, wegen der Chodorkowski offiziell angeklagt wurde, machte sich der Mittvierziger in den Augen des Kremls gravierender politischer Vergehen schuldig. Die Regierung witterte Ungemach, als die beiden Oligarchen Chodorkowski und Roman Abramowitsch ihre Ölgesellschaften Jukos und Sibneft vereinigen wollten. Chodorkowski begann vor den Dumawahlen 2003, die linken und rechten Oppositionsparteien zu unterstützen. Durch die Finanzierung der Kommunisten und liberalen Parteien hätte der damals reichste Mann Russlands sich eine starke Position im künftigen Parlament gesichert, Putins Mehrheit in der Legislative gefährdet, eigene Wirtschaftsinteressen durchgesetzt und sich vielleicht später zum Premier küren lassen können.

Für den Kreml wurde Chodorkowski zu einer echten Herausforderung. Während die russischen Oligarchen noch vor wenigen Monaten gegen einen raschen Beitritt Russlands zur WTO wetterten, wollten sie nun im Schutz westlicher transnationaler Korporationen ihren Besitz legalisieren. Die russischen Oligarchen versuchten, mit Mäzenatentum ihr Image im Westen zu verbessern. Chodorkowski finanzierte die amerikanische Library of Congress, Abramowitsch erwarb den englischen Traditionsclub Chelsea. Nach dem Vorbild der Übernahme der russischen TNK-Ölgesellschaft durch British Petroleum bemühten sich Chodorkowski und Abramowitsch um eine Verschmelzung mit Royal Dutch Shell sowie Exxon Mobile. Dieser Schritt hätte den Ölbaronen einen westlichen Schutzschirm verpasst: Russische Behörden hätten kaum noch gegen sie vorgehen können. Die neu geschaffene transnationale Energie-

gesellschaft unter Chodorkowskis Führung wäre in der Lage gewesen, 50 Prozent der russischen Inlandsversorgung mit Öl zu kontrollieren. Das gesamte sibirische Öl und womöglich die sibirische Wirtschaft wären der Oberaufsicht der russischen Regierung entglitten.

Chodorkowski hatte den ihm gehörenden Ölkonzern Jukos zu einem Spottpreis von 300 Millionen US-Dollar Mitte der 90er-Jahre aus der Konkursmasse des Staatsbesitzes der untergegangenen Sowjetunion über einen fein ausgeklügelten Insiderdeal erstanden. Als er merkte, dass der Kreml ihm den Weg zur Fusion mit Sibneft versperrte, beschloss er, die zur größten und unabhängigsten Ölgesellschaft aufgestiegene Firma für 40 Milliarden US-Dollar, also um ein Zehnfaches des Kaufpreises, an einen amerikanischen Ölmulti in Texas abzustoßen und sich mit dem Gewinn in die große Politik einzukaufen. Zum ersten Mal hätte damit ein Oligarch das Volksvermögen für Cash ins Ausland verkauft. Das Beispiel hätte Schule machen können. So jedenfalls die Sichtweise des Kremls.

Der Kreml konnte nicht zulassen, dass 30 Prozent des nationalen Ölsektors mit einem Federstrich in internationalen Besitz übergangen, gerade in einer Zeit, als die Regierung Russlands Energieressourcen für den politischen Aufstieg des Landes in die erste Liga der Weltpolitik instrumentalisieren wollte. Wie mächtig Chodorkowski gewesen ist, zeigte der Börsensturz drei Monate vor seiner Verhaftung. Der reichste Mann des Landes musste nur sagen: „In Russland wird eine Kapitalflucht einsetzen“, und die russische Aktienbörse verlor zehn Milliarden US-Dollar an Wert.

Die USA reagierten auf Chodorkowskis Verurteilung mit Entrüstung. Der Einstieg transnationaler Ölkonzerne in den russischen Markt, der in den 90er-Jahren so akribisch vorbereitet wurde, schien geplatzt. Der Energiedialog wurde sofort auf Eis gelegt. US-Politiker riefen dazu auf, Russland international zu ächten, den im Jahr zuvor anerkannten Status als Land mit einer funktionierenden Marktwirtschaft zu entziehen, das Land aus den G 8 zu werfen und sich kompromisslos bei den Verhandlungen über einen Beitritt Russlands in die WTO zu zeigen. Wütend stimmten sie in den allgemeinen Chor westlicher Kritik an Putins „Diktatur“ ein und erklärten die russische Marktwirtschaft für gescheitert.

## Entmachtung der Oligarchen

Nach dem Zerfall der UdSSR stand das neue Russland vor der Notwendigkeit, seine Wirtschaft zu privatisieren. Doch wer sollte der Eigentümer des ehemaligen Staatsbesitzes werden? Es gab insgesamt drei Optionen. Die erste – ein Staatskapitalismus, die zweite – ausländische Investoren, die dritte – eigene nationale Unternehmer, die man aber erst künstlich kreieren musste. Die erste Variante wäre ein chinesisches Transformationsmodell gewesen. Sie wurde verworfen, weil die Regierung – dem westlichen Rat folgend – an das freie Spiel der Kräfte glauben wollte. Die zweite Variante wäre ein mittelosteuropäisches Modell gewesen. Aber die Regierung fürchtete den Ausverkauf des teuren russischen Porzellans an hungrige Ausländer und einen Verlust der eigenen wirtschaftlichen Souveränität. Man wählte die dritte Variante. So entstanden die Oligarchen. Schon bald mischten sie sich in die Politik ein.

Wie ging das vor sich? Um seine Wiederwahl im Jahre 1996 zu garantieren, schloss Jelzin mit den Oligarchen ein Bündnis. Sie sollten seine Kampagne unterstützen, als Belohnung schenkte er ihnen die strategischen Rohstoffbestände und Industrieanlagen des Landes. So wurden die Ressourcen ausgeplündert. Das Kapital bunkerten sie auf westlichen Konten. Gleichzeitig fehlte dem Staat das Geld für notwendige Investitionen. Als die Wirtschaft 1998 kollabierte und die westliche Geschäftswelt Hals über Kopf aus dem Land floh, sah Jelzin nur noch den Ausweg, das Schicksal des Landes in die Hände der Geheimdienste zu legen.

Putin traf sich mehrmals mit den Oligarchen und machte ihnen klar, sich aus der großen Politik herauszuhalten. Die meisten verstanden, dass die Zeiten sich geändert hatten. Chodorkowski gehörte nicht dazu. Nach seiner Verhaftung zahlten die eingeschüchterten Unternehmer alle wieder ihre Steuern, so Iwanow im Gespräch mit dem westlichen Besucher. Der Energiesektor macht heute 40 Prozent der staatlichen Steuergewinne, 55 Prozent der Exporteinnahmen und 20 Prozent der russischen Wirtschaft aus.

Bei seinem Treffen mit den inzwischen gezähmten Oligarchen im Februar 2007 lobte Putin ihr Engagement für Russlands nationale Interessen. Auf einen Wink aus dem Kreml

waren die Konzerne sofort bereit, jedes beliebige Projekt zu unterstützen, sei es die gottverlassene Region Tschukotka wieder aufzubauen, das Olympiadorf in Sotschi herzurichten, oder den Petersburger Dialog zu finanzieren. Als Dank für ihre Loyalität versprach Putin, sich massiv für die Expansion der russischen Konzerne auf die Weltmärkte einzusetzen. Das war die berühmte Trendwende in den Beziehungen zwischen Kreml und Oligarchen. Seitdem sind die Oligarchen in Putins Auslandsdelegationen stärker vertreten als die Ressortminister.

Viktor Iwanow ist kein Feind der Marktwirtschaft und ausländischer Investitionen. Im Gegenteil. Bei einem Abendessen mit deutschen Konzernchefs unter dem Vorsitz von Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder im Berliner Adlon-Hotel wird er nicht müde zu versichern, dass westliche Unternehmer in Russland echte Steuervorteile genießen würden und dass die Schattenwirtschaft Geschichte sei. Privatbesitz sei nicht mehr ideologisch verpönt, sondern Teil der Wirtschaftsphilosophie. Russland sei kein Rüstungsstaat. Der Staatshaushalt sähe mehr Ausgaben für Bildung und Gesundheit als für das Militär vor.

Es wäre falsch, die Geheimdienstfunktionäre in der Umgebung Putins ausschließlich als stramme Befehlsempfänger zu begreifen. Iwanow und viele der anderen FSB-Offiziere im Kreml haben Mitte der 90er-Jahre im Businessbereich in Sankt Petersburg gearbeitet, Firmen mitbegründet und Managementfunktionen in der freien Wirtschaft ausgeübt. Sie wissen, wie man Geld verdient. Iwanow sitzt heute im Aufsichtsrat der russischen Fluglinie Aeroflot und wird sowohl von Boeing als auch von Airbus als wichtiger Entscheidungsträger hofiert.

Putin platzierte seine engsten Vertrauten an die Spitze der neu gebildeten staatlich kontrollierten Holdings. Zusammen bildeten sie nun das Direktorium des „Konzerns Russland AG“. Der Erste Stellvertretende Premier Dimitri Medwedew wurde Aufsichtsratsvorsitzender von Gasprom, der Stellvertretende Leiter der Kremladministration Igor Setschin von Rosneft, der andere Stellvertretende Leiter der Kremladministration Wladislaw Surkow von Transneft, der Gesellschaft, der alle Ölleitungen des Landes gehören. Aufsichtsratsvorsitzender der staatlichen Schiffbauholding wurde Vizepremier Sergei Naryschkin, der staatlichen Fluggesellschaft Aeroflot und des Rüstungsbetriebs Almaz-Antei Viktor Iwanow, des Rohdiamantenförderers

Alrosa Finanzminister Alexei Kudrin, des Vereinigten Flugzeugbaukonzerns OAK der Erste Vizepremier Sergei Iwanow.

Der Westen versucht zu verstehen, ob die Geheimdienste die autoritäre Staatsform aus taktischen Erwägungen wählten, um mithilfe der wiedererlangten Stärke des Staatsapparates Ordnung in die Wirtschaftsstrukturen zu bringen, oder ob Putins Strategie darauf gerichtet ist, einen „korporativen“ Staat mit dem FSB an der Spitze aufzubauen.

Die liberale Zeitung *Nowaja Gazeta* beschrieb die Situation folgendermaßen: Im Gegensatz zu den Oligarchen der Jelzin-Ära sind die „Freunde Putins“ keine Eigentümer des Staatsbesitzes, sondern nur Chefkontrolleure über strategisch wichtige Industriezweige. Der Vorteil ist: Jeder von ihnen kann mit einem Federstrich von seinen Aufgaben entbunden werden. Die Staatsdiener können ihre Imperien nicht veräußern und mit dem erworbenen Geld ins Ausland ziehen. Der Nachteil: Statt Wettbewerb und Effizienz zu erzielen, werden diese Staatsmanager weiter mit staatlichen Geldern um sich werfen, um ihre Monopolstellung zu erhalten.

### Gelddrang nach Westen

Ein deutscher Zeitungsredakteur sparte 30 Jahre lang fleißig, um sich am Ende seines Berufslebens ein Häuschen auf Zypern zu bauen. Nach zähem Ringen mit den Behörden gelang es ihm, seine Kleinvilla in der ersten Linie, also direkt am Meer zu errichten. Doch die Freude währte nicht lang; der romantische Blick wurde ihm verbaut. Wie aus dem Nichts tauchte ein russischer Mafioso auf und baute seine Villa direkt auf dem Felsenvorsprung vor dem Haus des Journalisten. Der letzte Seitenblick auf das Wasser wurde durch eine Riesenantenne genommen, die der Russe an seiner Wand befestigte. Beschwerden des Pensionärs bei den Behörden über die Verletzung von Bauvorschriften wurden abgeschmettert. Kein Wunder, dass der Journalist nach dieser Leidensgeschichte auf den Osten nicht gut zu sprechen ist.

Wenn an der Hamburger Elbchaussee oder im Berliner Dahlem große Geländewagen mit getönten Scheiben vor einer zum Verkauf ausgeschriebenen Immobilie anhalten, schauen viele Nachbarn ängstlich aus dem Fenster. Wohlgeformte Män-

ner in dunklen Sonnenbrillen, gefolgt von Frauen in langen Nerzmänteln, entsteigen den schwarzen Karossen. Die Blicke der Furcht einflößenden Bodyguards durchschweifen das Gelände. Makler mit leuchtenden Augen umgarnen die russischsprachige Kundschaft. Geld spielt in den meisten Fällen keine Rolle. Ein Haus, das eine Million kostet, wird für drei Millionen erstanden. Die Grundstückspreise sind inzwischen günstiger als daheim in Russland. Geld- und Immobilienanlagen im Westen zu haben gilt als schick. Es spielt keine Rolle, dass nach den Schengen-Visumbestimmungen russische Staatsbürger nur 90 Tage im Jahr in der EU verweilen können. Wichtiger scheint dem Käufer der Zugang zum Wasser zu sein, denn er möchte mit seiner Jacht am Grundstück andocken können. Ein neues Phänomen im Westen: Reiche Russen auf Shoppingtour!

Inzwischen kennt man reiche Russen überall, nicht nur im zypriotischen Limassol. „Wären das schöne Zeiten, als im Westen nicht überall Russisch gesprochen wurde“, schimpfte ein Berliner, nachdem er von Bodyguards aus einem Juweliersalon auf dem Kurfürstendamm herausgestoßen wurde. Die Ehefrau eines Oligarchen wollte nicht, dass ihr jemand beim Einkaufen neugierig über die Schulter schaute. In den Boutiquen westlicher Metropolen sprechen Angestellte Russisch und die reichen Russen können in teuren Nobelrestaurants die Menükarten in ihrer Sprache studieren. Sieben bis acht Millionen Russen fahren jedes Jahr in die EU. Der Flugverkehr von und nach Russland floriert. Nirgends auf der Welt fahren auf den Straßen so viele Luxuslimousinen wie in Moskau. Russen kaufen die modernsten Yachten, ordern die meisten Privatjets, erstehen Schlösser an der Loire und in den Alpen, besiedeln die besten Touristenhotels, verderben die Kellner mit überhöhten Trinkgeldern und wollen sich jetzt sogar private U-Boote zulegen.

## **Strategische Investitionen im Westen**

Als in den 90er-Jahren die ersten Investitionen aus dem Westen nach Russland strömten, wurden sie von der russischen Seite mit beiden Händen freudig entgegengenommen. Doch als die westlichen Großkonzerne auch Teilhabe am Entscheidungsprozess einforderten, erhielten sie die Antwort: „Investitionen sind